

# Mangel im Überfluss

**Gesundheit** Dass die Regierung den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Arzneien verbieten will, ist schön für Apotheker, aber schlecht für Patienten.

Alle vier Wochen klingelt bei Holger Nikelis in Fulda ein Paketbote an der Tür. Er bringt die Monatsration eines Medikaments, das sich der querschnittgelähmte Leistungssportler spritzen muss, um seine Blase zu kontrollieren. Das Paket kommt von einer Spezialapotheke im 400 Kilometer entfernten Landkreis Harburg. Nikelis ist dort Stammkunde. Als er noch Mitglied der Tischtennisnationalmannschaft war, ließ er sich die Pakete zu Trainingscamps und Wettkämpfen im Ausland einfach nachschicken.

Doch wenn es nach Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe geht, ist damit bald Schluss. Anfang dieser Woche gab der CDU-Politiker seinen Entwurf für ein Gesetz in die Ressortabstimmung, das den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Arzneien ohne Ausnahme verbietet. Die Apo-

thekerlobby bejubelt den Minister, weil er ihr die Konkurrenz aus dem Internet vom Hals schaffen will. Doch für viele Menschen würde sich die Lage verschlechtern. Apothekerfreund Gröhe gefährdet die Versorgung chronisch kranker Patienten.

Für den querschnittgelähmten Nikelis hieße das Versandverbot, dass er all seine Medikamente in der Nachbarschaft besorgen müsste. Doch da kann er lange suchen. Obwohl es in Fulda Dutzende Apotheken gibt, herrscht Mangel im Überfluss. Nicht eine Apotheke bietet das Präparat in der von ihm gewohnten Form an.

Während ihn der Versandhändler mit sterilen Fertigspritzen versorgt, müsste sich Nikelis seine Spritzen vom Apotheker um die Ecke viermal täglich selbst aufziehen. Dementsprechend größer wäre sein Infektionsrisiko. Zumal die Arznei aus der herkömmlichen Apotheke stets gekühlt werden muss, während die Fertigspritzen vom Versandhändler auch Zimmertemperatur vertragen.

Vor einem ähnlichen Problem steht die Mutter eines behinderten Jungen aus dem pfälzischen Schifferstadt. Ihr Sohn leidet seit seiner Geburt an Spina bifida, im Volksmund „offener Rücken“ genannt. Auch er bekommt seine Arznei derzeit vom Versandhändler und müsste sich bei einem Verbot eine neue Bezugsquelle in der Nähe suchen.

Was das bedeutet, beschrieb seine Mutter kürzlich in einem Brief an Abgeordnete

des Bundestags. Sie habe alle Apotheken im Umkreis von 30 Kilometern abgefragt. Doch keine könne das Medikament so herstellen.

Umso weltfremder wirkt die Begründung für das Gesetz, die sich Gesundheitsminister Gröhe offenbar von der Apothekerlobby einflüstern ließ. Demnach stellt der Versandhandel nicht etwa eine Verbesserung für viele Patienten dar, sondern, im Gegenteil, eine Gefahr für die flächendeckende Versorgung, so Gröhe. In dramatischen Worten warnt er vor einem Apothekensterben.

Das ist genau der Sound, den auch die Lobbyvereinigung ABDA anschlägt, freilich ohne je einen Beleg geliefert zu haben.

Zwar ist die Zahl der Apotheken in den vergangenen Jahren leicht gesunken, weil Inhaber in ländlichen Gegenden in den Ruhestand gehen, ohne an einen Nachfolger zu übergeben. Doch mit knapp 4200 Einwohnern pro Apotheke ist die Pharmaziedichte in Deutschland noch immer viel höher als etwa im Nachbarland Dänemark, wo mehr als 17 000 Einwohner auf eine Apotheke kommen. Dass es in deutschen Städten mehr Apotheken als Metzgereien gibt, ist ein von Ausländern häufig bestauntes Phänomen.

Die Apothekerlobby behauptet, es brauche keinen Versandhandel mit Arzneimitteln, weil Apotheken ihren Kunden Botendienste anböten. Doch für viele Patienten stellt dieser Lieferservice keine Alternative dar. Zum einen, weil eine Apotheke nur Kunden im Einzugsgebiet beliefern darf. Wenn die Apotheke in der Nähe wie im Fall von Holger Nikelis ein Präparat nicht herstellen kann, bliebe der Patient ohne Medikament. Zum anderen knüpft Gröhes Gesetzesentwurf die Lieferung an strenge Bedingungen, die längst nicht jede Apotheke erfüllt. So muss es sich bei den Boten künftig um pharmazeutisches Personal handeln. Doch woher nehmen? Schon jetzt klagt die Branche darüber, dass es nicht genug Fachkräfte gibt.

Einige Abgeordnete der Großen Koalition glauben deshalb, dass es besser wäre, den Gröhe-Plan zu stoppen. Der CDU-Wirtschaftspolitiker Michael Fuchs, selbst Apotheker, findet es falsch, den ohnehin schwachen Wettbewerb auf dem Arzneimittelmarkt zu beschneiden. Die SPD-Gesundheitspolitikerin Sabine Dittmar, eine ehemalige Hausärztin, wirft die Frage auf: „Wie wollen wir es den Patienten erklären, dass ihre Versorgung schlechter und bürokratischer wird?“

Apothekenminister Gröhe aber drückt aufs Tempo. Er möchte sein Gesetz noch in dieser Legislaturperiode durchbringen. Es sei „schnellstmögliches Inkrafttreten geboten“.

Alexander Neubacher  
Twitter: @Alex\_Neubacher



JOHN MACDOUGALL / AFP

Minister Gröhe: Weltfremde Begründung